

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 11/40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräckenstraße 10 b
Fernsprecher: Morichplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mittels der Postleiste

Berlin, 19. März 1926

Aufgaben deutscher Wirtschaftspolitik.

Wie schon in Nr. 9 berichtet wurde, haben die Spitzen der vereinigten Gewerkschaften des DGB, ufm. auf die Denkschrift der Unternehmer eine ebensolche Denkschrift folgen lassen, die jetzt im Verlage des DGB als Broschüre erscheint. Es war die höchste Zeit, daß der Beeinflussungskampagne der Unternehmer gegenübergetreten wurde. Der Reichsverband der deutschen Industriellen (heute keine Mittel, die geeignet erscheinen, die Regierungsorgane und die gesamte öffentliche Meinung zu seinen Gunsten, d. h. der Interessen der Unternehmer zu beeinflussen. Daß diese Aktionen nicht ohne Wirkung bleiben, wissen wir auf Grund einer langen Erfahrung, und man hat es auch bereits gemerkt in den Maßnahmen des neuen Reichsfinanzministers Dr. Reinhold, die steuerliche Entlastung der Unternehmer betreffend. Die Vorschläge resp. Forderungen der freien Gewerkschaften sind folgende:

1. Zur öffentlichen Finanzpolitik.

Die Ausgabenverteilung der öffentlichen Körperschaften greift so tief in alle Bestaltungen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ein, daß es nicht angängig ist, mit der Forderung nach schematischer Sparmaßnahme alle notwendigen und dem Fortschritt dienenden Ausgaben abzudrosseln. Insbesondere ist es notwendig, eine ausreichende Besoldung der Beamten zu erzielen. Weiter ist notwendig: eine angemessene Verlohnung der Kriegsoffiziere, die zurzeit noch fehlt. Die Aufrechterhaltung und der Ausbau aller öffentlichen Einrichtungen der sozialen Fürsorge. Die Aufrechterhaltung und der Ausbau des Schulwesens unter Befolgung der Unzulänglichkeit der höheren Schulen für die minder bemittelten Schichten der Bevölkerung. Erparungen ermöglichen sich: Durch Vereinfachung der Verwaltung in Richtung auf den Einheitsstaat, durch Befreiung der Länder von den ungerechtfertigten Abfindungen an Fürsten und Fürstinnenfamilien. Durch Einsparnisse am Beamtenapparat der Heeres- und Marineverwaltung, Streichung des Neubaus von Kriegsschiffen, wie überhaupt durch äußerste Einschränkung im Etat des Reichswehrministeriums.

Insbesondere wird gefordert: Öffnung der Steuerlisten, Abbau der Umsatzsteuer, Reform des Einkommensteuertarifs zur Entlastung der untersten Einkommen. Voller steuerliche Erfassung der höheren Einkommen. Volle Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau.

2. Zur Tarifgestaltung der Post und Eisenbahn.

Der Forderung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie auf Herabsetzung der Telegraphen- und Fernspreckgebühren der Post schließen sich die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände an. Auch hier gilt, wie bei allen Gebühren, das Prinzip, daß die Rentabilität durch Steigerung des Verkehrs und nicht durch hohe Preise bei eingeschränktem Verkehr erreicht werden soll. Die Finanzgebarung der Reichspost darf bei aller Ermäßigung der rechnungsmäßigen Trennung der Kontrolle der Reichsbehörden und des Reichstages nicht entzogen werden. Insbesondere sind die Gelder des Postverkehrs zweckmäßig im Rahmen der Finanzverwaltung anzulegen. Aufgabe der Reichsbahnleitung muß es sein, die Ueberhörschüsse, wozu sie durch Reparationsarbeiten und die Bestimmung des Reichsbahngesetzes vom 24. August 1924 gezwungen ist, auf dem Wege der Steigerung des Verkehrs zu erzielen, anstatt durch Tarifsteigerungen den Verkehr zum Schaden der Wirtschaft zu hemmen. Zusammenfassend ist zu sagen, daß Post und Bahn sich den Erfordernissen rationaler Preisgestaltung anpassen müssen, und daß die Verkehrsverwaltungen in ihrer Politik den Grundgedanken verwirklichen sollen, Diener der Gesamtwirtschaft zu sein.

3. Zur Frage der sozialen Abgaben.

Die sogenannten sozialen Abgaben dienen dem Schutz der menschlichen Arbeitskraft. Die freigewerkschaftlichen Spitzenverbände lehnen deshalb jeden Rückschritt der Leistungen auf diesem Gebiet ab. Dagegen fordern sie Ausgestaltung der Leistungen der bestehenden Sozialversicherungen und vor allen Dingen schnellste Durchführung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung.

4. Zur Lohn- und Arbeitszeitfrage.

Die Erhöhung des Lohnniveaus ist nicht nur sozial erwünscht, sondern auch als Antrieb zur Rationalisierung unter Voraussetzung der Markterweiterung für die Gesamtwirtschaft dringend notwendig. Deshalb ist zu fordern: Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des Tarifsystems, des Tarifrechts und des Schlichtungswesens; gesetzliche Durchführung des Achtstundentages und Ratifizierung des Washingtoner Abkommens.

5. Bank- und Kreditwesen.

Sebe künstliche Reuechöpfung von Krediten ist abzulehnen, da sie preissteigernd wirken und bei größerem Umfang die Währung gefährden würde. Durch die Reichsbank, durch die öffentlichen Banken und durch Beeinflussung der Privatbanken ist ein Abbau der Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen und eine planvolle Kreditverteilung anzustreben, bei der die volkswirtschaftliche Rücksicht in der Lenkung des Kapitalstroms mehr berücksichtigt wird als bisher.

6. Zur Handelspolitik.

Der Abbau der internationalen Zollmauern, insbesondere aber der deutschen Zollmauern, ist das Gebot der gegenwärtigen Lage. Es kommt darauf an, sich nicht nur über diese Parole zu verständigen, sondern sie auch, im Gegensatz zur deutschen Zollpolitik des vergangenen Jahres, auf den einzelnen Gebieten ernsthaft zu verwirklichen. Die künftigen Handelsvertragsverhandlungen sind nicht mit dem Ziel der Aufrechterhaltung des eigenen Zolltarifs, sondern mit dem Bestreben nach Abbau des eigenen Zolltarifs zu führen.

Der zweite Teil der Untersuchung ergibt Forderungen und Vorschläge für das Gebiet der Gütererzeugung und der Güterverteilung.

7. Zur Frage der Rationalisierung.

Die Rationalisierung ist notwendig, sie ist nicht nur eine Betriebs-, sondern auch eine Gewerbausbaufrage. Ihr Ziel muß Verbilligung der Produktionskosten und Preise bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne sein. Nur auf dem Wege über diese Steigerung der Massentaufkraft können die arbeitslosen Arbeitnehmer von neuem Beschäftigung finden. Die gegenwärtig oft geübte Methode, die Rationalisierung ohne gleichzeitige Preisverbilligung und Lohnerhöhung durchzuführen, muß die Krise der Ueberproduktion erzeugen. Die Durchführung der Rationalisierung muß unter Mitwirkung der Betriebs- und Wirtschaftsräte und unter Vermeidung sozialer Härten geschehen. Die Ausbildung der Arbeitsträfte ist zu fördern. Die Auslese der leitenden Kräfte ist von ungeschicklichen Einflüssen zu befreien.

8. Zur Konzentration.

Die Konzentration ist kein Selbstzweck, sondern eine ständige Erscheinung in der kapitalistischen Wirtschaft. In engem Zusammenhang mit der Rationalisierung und Gewerben steht in vielen Fällen der Zusammenschluß gleichartiger Unternehmungen. Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stimmen dem Reichsverband der Deutschen Industrie zu, wenn er hervorhebt, daß das Hauptziel der Konzentration vorbilligte Erzeugung und Absatzverwertung durch Preisdruck sein soll. Da der Konzentrationsprozess in zahlreichen Fällen zunächst Arbeitslosigkeit erzeugt, können ihn die freien Gewerkschaften nur unter der Voraussetzung einer ausreichenden Erwerbslosenversicherung fördern helfen. Eine Verringerung bestehender Steuerlasten zum Zweck der Erleichterung einer Konzentration kann von ihnen nur bei einer gleichzeitigen Erhöhung anderer Besteuerungen gebilligt werden. Der beschleunigte Ausbau einer spezialisierten Produktions- und Umsatzstatistik ist auch zur besseren Beurteilung der Gesamtfragen, der Rationalisierung und Konzentration erforderlich.

9. Zur Kartellbildung.

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen fordern, daß die Preispolitik der Kartelle nicht unter der Irreführenden Ueberhöhung der Ordnung des Marktes und der Erzielung stetiger Preise in der Praxis ausgerichtet wird auf eine ungesunde Hochhaltung der Preise, und auf ihre Bemessung nach den Produktionskosten leistungsschwacher Betriebe. Notwendig ist zur Sicherung einer gesunden Kartellpolitik eine Reform des Kartellrechts, die im besonderen einen Ausbau der staatlichen Kartellaufsicht vorsehen muß. Die Kartellaufsicht ist in die Hand eines besonderen, zur Ueberwachung und Berichterstattung verpflichteten Kartellaufsichtsamtes zu legen.

10. Die Güterverteilung.

Die Konzentration im Warenhandel wird durch die Konkurrenz neuer Formen der Güterverteilung gefördert, die im Sinne des im Interesse der Preislenkung notwendigen Geschäftsprinzips „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“ wirken. Besondere Bedeutung messen die Gewerkschaften den Genossenschaften und Konsumvereinen zu. Solange die Umsatzsteuer weiterbesteht, sind die Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher von der Doppelbelastung durch die Umsatzsteuer zu befreien. Kartelle des Handels und des Handwerks müssen genau so wie die Industrietariffe der allgemeinen Kartellaufsicht unterliegen. Im dem Handel die volle Möglichkeit zu geben, seine preisausgleichende Funktion zu erfüllen, ist es notwendig, die Einfuhrmöglichkeiten nicht durch hohe Schutzzollmauern zu unterbinden. Zusammenfassend fordern die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen für das Gesamtgebiet der Güterverteilung: keine Hemmungen des notwendigen Vereinigungsprozesses im Großhandel und Kleinhandel. Förderung der Genossenschaften, die als rationelle Instrumente der Güterverteilung dienen.

In unserer Verbandszeitung ist fortlaufend über die aktuell auftauchenden Wirtschaftsprobleme und die Schwierigkeiten, die ihrer zufriedenstellenden Lösung entgegenstehen, berichtet worden, so daß den Denkschriften der beiden großen Organisationen, der Unternehmer und Ar-

beitervertreter, nicht allzuviel hinzugefügt zu werden braucht. Die Vertreter der Unternehmer wehren sich gegen die Belastung der Betriebe durch Steuern und soziale Abgaben. Die Vertreter der Arbeiter führen den Beweis, daß ohne sozialen Schutz die Arbeitskraft des deutschen Volkes (sein wertvollster Besitz) durch Raubbau ruiniert würde.

Wir müssen, daß die Unternehmer die Preise künstlich weit über Gebühr hochhalten. Es wird berichtet, daß eine sächsische Firma ein gutes Motorrad mit 400 Mark liefern wollte, wobei der Fabrikant gut bestehen kann. Er wurde gezwungen das Rad zu 1000 bis 1100 Mark zu liefern, sonst würde er keine Rohmaterialien mehr erhalten. Einer süddeutschen Firma wurde bittend, daß sie ihren Qualitätswagen für 16 000 Mark verkaufen muß, sie wollte ihn für 8000 Mark liefern. So geht es auf allen Gebieten zu, wofür sich leicht Beweise liefern lassen.

Beim Steuerzahlen wird natürlich die gegenseitige Erfahrung gemacht. Es wird berichtet, daß 60 Proz. der Großgrundbesitzer überhaupt keine Einkommensteuer bezahlen. Das hat die preußische Regierung selbst bekanntgemacht. Die übrigen 40 Proz. der Patrioten des Landes werden wohl auch nicht allzuviel vom Steuerzahlen hatten.

Na, und von den Unternehmern der Industrie usw. weh man auch, daß durch gedickte doppelte Buchführung und kluge Bilanzaufstellung sich allerlei Steuererleichterungen herauszufinden lassen.

Es muß deshalb mit allem Nachdruck verlangt werden, daß die Steuerlisten offen ausgelegt werden, damit sie auch kontrolliert werden können. Es wird wohl auch wenig bekannt sein, daß die ehemaligen Fürsten es ebenfalls vorzüglich verstanden haben, sich vom Steuerzahlen zu drücken. Sie haben immer nur genommen, das war ihr Brauch von altersher.

Die Denkschrift ist also da. Der Weg, der beschränkt werden kann und beschränkt werden soll, ist aufgezeigt; wird es dazu kommen? Bei den Unternehmern fehlt sicher jede Bereitwilligkeit hierzu. Somit könnte nur die Regierung resp. der Gesetzgeber dies veranlassen. Wer unsere Verhältnisse kennt, wird auch da keine großen Hoffnungen hegen. Durch Demonstrationen und Aktionen auf der Straße, wenn die parlamentarischen Mittel verfallen, ist ganz bestimmt das auch nicht zu erreichen. Es muß deshalb von der Macht der Tatsachenverhältnisse erwartet werden, daß durch sie den widerstreitenden Elementen die Einsicht von der Notwendigkeit der Umstellung der Wirtschaftsformen eingebläut wird.

Abbau von unten und von oben?

Der bekannte Wirtschaftstheoretiker Dr. F. Pinner veröffentlichte kürzlich im „Berliner Tageblatt“ einen für die kapitalistischen Wirtschaftsführer wenig schmeichelfhaften Artikel. Der Verfasser weist in längeren Ausführungen auf den Verfall hin, der nicht nur nationale Geltung hat, sondern der ganzen kapitalistischen Wirtschaftsführung anhaftet. Der Zweifelpunkt zwischen wirtschaftlicher Organisation und wirtschaftlicher Führung. Obwohl die Organisation des Wirtschaftsapparates bei weitem nicht so wunderbar ist, wie sie der Verfasser darstellt, kann man auf alle Fälle seinen Betrachtungen über den Mangel an einer überlegenen Wirtschaftsführung voll zustimmen. Dr. Pinner schreibt darüber u. a.:

„Tausende von Interessentenverbänden und Syndikaten veröffentlichen jahraus jahrein Jahntausende von Denkschriften und Jahresberichten. Findet man darin einmal einen wirklich originellen Gedanken, ein selbständiges Urteil, eine klare Anschauung von den Problemen unserer Wirtschaft, so ist das eine große Seltenheit. . . . In der großen Mehrzahl der Fälle enthalten die Denkschriften immer wieder dieselben Klischees, dieselben Plattheiten und manchmal sogar Schiefurteile über die allgemeine Lage, und dort, wo man ein wenigstens instruktives Fachmaterial stattdessen über die besonderen Verhältnisse der einzelnen Industrien finden möchte, gähnt uns entweder überhaupt ein Vakuum oder ein interessenpolitisches frisiertes Material entgegen.“

In sonderbarem Gegensatz zu dieser geistigen Verarmung steht eine ständige Erweiterung des Stabes der Direktoren, Aufsichtsratsmitglieder und Inhaber aller jener Dekorationsposten, die lediglich den Zweck haben, die Gewinne in die Taschen von Bettern und Freunden stecken zu lassen, die nicht die geringste produktive Arbeit leisten. Für diese Auswüchse findet Dr. Pinner die schärfsten Worte. So sagt er u. a.: „Während die wirtschaftlichen Kräfte auf allen übrigen Gebieten immer wieder mit der Förderung des Abbaues hervortreten, während sie namentlich der Arbeiterschaft und der öffentlichen Staatswirtschaft gegenüber nicht müde werden, auf eine Berringerung unproduktiver Kosten hinzudrängen, haben sie sich und uns gegenüber noch niemals die Frage mit dem erforderlichen Ernst aufgeworfen: Was kostet der Volkswirtschaft dieser überflüssige Apparat und was schadet er? Was wir bisher in der Wirtschaft (manchmal

bis zum Grade der Brutalität getrieben) gesehen und erlebt haben, das war doch im wesentlichen der „Abbau von unten“. Der Abbau von oben, der nicht minder notwendig ist, hat bisher nur recht fägliche Fortschritte gemacht. Der Kurswert der deutschen Aktiengesellschaften ist auf ein Drittel oder ein Viertel des Vorkriegswertes gesunken. Die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder hat sich im Zusammenhang damit nicht nur nicht in dem gleichen Grade verringert, sondern sie ist ganz enorm gestiegen. Das Handbuch der Direktoren und Aufsichtsräte verzeichnet die von ihm aufgeführten Persönlichkeiten in seinem letzten Jahrgang auf mehr als 3000 Seiten gegen etwa 1300 Seiten im Jahre 1913. Während nur ein geringer Teil der Gesellschaften in der Lage war, seinen Aktionären für die Jahre 1924 und 1925 Dividenden auszuschütten, haben sich die Aufsichtsratskollegien auch für den Fall der Dividendenlosigkeit durch Festsetzung von Mindestanteilen angemessene Vergütungen zu sichern verstanden. Die Zahl der Direktoren hat unseren großen Banken und Industrieunternehmen, die in ihren unteren Schichten sehr radikal vom Abbau ergriffen wurden, ist nur ganz geringfügig vermindert worden. . . . Bei den großen unions- und konzentrationenplanen der letzten Zeit befanden sich die Hauptgeschäftsführer zugehörigstenmaßen darin, daß die Regelung der Personalverhältnisse in den Direktionen der zusammenzufassenden Betriebe immer wieder auf schwer überwindliche Hindernisse stieß. Sachlich wäre es durchaus möglich gewesen, mit einem kleinen Teil der Direktoren auszukommen und in den auf diese Weise erzielbaren Einsparungen und Vereinfachungen wären erhebliche Vorteile solcher Fusionen zu erblicken gewesen. Aber natürlich wollte niemand von den großen Herren weichen. So übernahm man denn wieder einen viel zu großen Verwaltungsapparat in die konzentrierten Betriebe, oder man holt sich damit, daß man den in seiner Weise unterbringbaren Personalstellen Sätze im Aufsichtsrat einräumt, oder hohe Pensionen oder beides zusammen zubilligt. Meistlich liegen die Verhältnisse nicht nur bei den Aktiengesellschaften, sondern auch bei vielen Privatfirmen. Ueberall stehen zu viele leitende Persönlichkeiten an der Spitze der Unternehmungen, beanspruchen Beteiligung an den Gewinnen, und dadurch werden die Betriebe veranlaßt, mit zu hohen Gewinnquoten, jedenfalls weit höheren als vor dem Kriege, zu kalkulieren. Die volkswirtschaftlich dringende notwendige Senkung der Preise wird durch veraltete Kalkulationsmethoden naturgemäß erschwert. . . .

Eins greift dabei ins andere. Damit die hohen Gewinnquoten aufrechterhalten werden können, sind Kartelle und Interessensverbände notwendig, und diese beanspruchen — ganz abgesehen von den Hemmnissen, die sie einer rationalen Wirtschaftsführung und Preisbildung oft entgegenstellen — natürlich gleichfalls einen sehr erheblichen Kostenaufwand. Auch die Verbände und ihre Leiter unterliegen ebenso wie die Verwaltungen der einzelnen Unternehmungen dem „Selbstkulturbetrieb des Apparates“. Sie kämpfen auf der einen Seite mit einem großen Aufwand von Energie und Ueberseignungsgehalt für den Abbau auf allen möglichen Gebieten. Sie kämpfen aber auf der anderen Seite mit einem Ewennut, der noch viel größer ist, gegen ihren eigenen Abbau. Bei alledem ergibt sich dann, daß die Wirtschaft, die so wider gegen die Ueberforderung des öffentlichen Verwaltungsapparates in den Staaten, Kommunen usw. zu schmälern wagt, zwar den Splitter in dem Auge des Nächsten, nicht aber den Balken im eigenen Auge sieht. Die Wirtschaft der Parlamente und öffentlichen Verwaltungskörper wird von den Staatlichen der Wirtschaftsorganisationen sorgfältig kontrolliert und in ihren Auswirkungen auf die Kosten des öffentlichen Verwaltungsapparates schwarz in schwarz hingemalt. Welche Heere von Syndik, Generalsekretären, Hilfsarbeitern usw. sich aber in den Verbänden und

Kartellbureaus herumdrücken, und wie gering das Ausmaß des Abbaues ist, das auf diesem Gebiete bisher vorgenommen wurde, darüber schweigt das Statistikers Handbuch. Ein Statistik hat kürzlich ausgerechnet, daß ein einzelnes, nicht einmal sonderlich kompliziertes, und nur aus einer geringen Zahl verschiedenartiger Materialien zusammengesetztes Erzeugnis wie ein Motorrad, in allen seinen Herstellungskosten nicht weniger als 17 Syndikate durchlaufen muß, ehe es an den Konsument gelangt.

Vereinfachung der Lohnsteuererstattungen.

Von Erich Rinner, Berlin.

Das Verfahren bei den Lohnsteuererstattungen wegen Verdienstausfall hat bisher gänzlich unzulänglich geregelt. Die Berechnung des zu erstattenden Betrages war wegen der dreimaligen Veränderung der Abzugsbestimmungen im Laufe des Jahres 1925 so schwierig, daß kein Arbeiter sie selbst vornehmen konnte und daß sogar die Finanzämter sich nicht damit zurecht fanden. Aber erst nachdem die Finanzämter mit Anfragen überkommen waren, deren ordnungsmäßige Erledigung ihren ganzen Geschäftsgang lahmlegen drohte, kam auf einen sozialdemokratischen Antrag vom 30. Januar hin die Vereinfachung zustande: Der Reichstag hat in seiner Sitzung vom 20. Februar ein Gesetz zur Vereinfachung der Lohnsteuer abgedruckt und in Kraft getreten sein wird. Die Vereinfachung besteht aus folgenden Punkten:

1. In erster Linie ist die Erstattungs Berechnung vereinfacht worden. Bisher mußten die Finanzämter bei jeder Erstattung eine besondere Berechnung anstellen, jetzt dagegen erfolgt die Erstattung nach Wausätzen, die unabhängig von der Höhe des Einkommens nur nach dem Familienstand abgefaßt wird. Für jede volle Woche der Erwerbslosigkeit im vergangenen Jahre wird erstattet:
 - a) bei einem ledigen, kinderlos verheirateten und kinderlos verwittem Arbeiter 2 Mt.
 - b) bei einem verheirateten oder verwittem Arbeitnehmer mit einem oder zwei minderjährigen Kindern 2,50 Mt.
 - c) bei einem verheirateten oder verwittem Arbeitnehmer mit mehr als zwei minderjährigen Kindern 3 Mt.

Bei diesen Sätzen sind auch die Familienverhältnisse berücksichtigt, die bisher für den größten Teil des vergangenen Jahres nicht in die Erstattung einbezogen werden konnten. Daher erhält jetzt ein Verheirateter mit minderjährigen Kindern mehr erstattet als ein Lediger, während es bisher umgekehrt war. Die Wausätze für Verheiratete sind zum Teil sogar erheblich höher als die Erstattungsbeiträge nach dem bisherigen Verfahren, insbesondere bei Erwerbslosigkeit im ersten Vierteljahr 1925. Außerdem hat sich eine teilweise Schwächerstellung der kinderreichen Familien bei Erwerbslosigkeit im letzten Vierteljahr nicht umgehen lassen.

Wie die neuen Bestimmungen angewendet sind, ergibt sich aus folgendem Beispiel: Ein verheirateter Arbeitnehmer mit zwei minderjährigen Kindern hat im April 1925 wegen Erwerbslosigkeit, im Juli wegen Krankheit und im November wegen Kueperrung nichts verdient. Die im ganzen Jahr 1925 gezahlte Steuer beträgt 4,50 Mark. Während in einem solchen Falle bisher eine teilweise Berechnung angestellt werden mußte, wird jetzt die Dauer des Verdienstaufhaltes zusammengefaßt, es sind also für 12 Wochen je 2,50 Mt., insgesamt 30 Mt. zu erstatten, während nach dem bisherigen Verfahren nur 19 Mark zu erstatten wären. Hätte der Arbeiter drei Kinder, so wäre die Rückzahlung auf 12 x 3 Mt. = 36 Mt. zu berechnen.

Hierbei werden acht volle Stunden einem Tage, sechs volle Tage einer Woche und vier volle Wochen einem Monat gleichgestellt. Für den Familienstand ist der Stand am 10. Oktober 1925 maßgebend, der Stand vor und nachher also gleichgültig. Erstattet wird nur, wenn der Betrag über 4 Mt. hinausgeht. Jeder Arbeiter, der mindestens zwei Wochen erwerbslos war, gewissen ist, kann daher einen Erstattungsantrag stellen.

2. Neben der Vereinfachung ist die Beschaffung der Unterlagen vereinfacht worden. Das Gesetz gibt jetzt selbst an, was im einzelnen Fall als Nachweis einzuhandeln werden soll, und zwar bei Krankheit eine Bescheinigung der Krankenkasse, bei Erwerbslosigkeit, Ausperrung oder Streik die Erwerbslosenkontrolle, die eine Bescheinigung der Erwerbslosenfürsorge oder des Arbeitgebers, insbesondere soll aber bei Erwerbslosigkeit jetzt auch die Bescheinigung des Berufsverbands anerkannt werden. Der Arbeiter braucht also nicht mehr nach Ablauf des Jahres bei den verschiedenen Arbeitgebern die Runden zu machen, um sich die Erwerbslosenbescheinigung zu beschaffen, sondern er läßt sich von seiner Gewerkschaft an Hand seines Mitgliedsbuches eine solche Bescheinigung ausstellen. Eine weitere Vereinfachung besteht darin, daß künftig eine Bescheinigung über die Höhe des verdienten Lohns überhaupt nicht mehr erforderlich ist, sondern nur nach einer Bescheinigung über die gezahlte Steuer, die aber auch nur die Gesamtsumme der Steuer für das ganze Jahr zu enthalten braucht.

3. Kommt die Vereinfachung der Berechnung und der Unterlagenbeschaffung auch dem Arbeitnehmer zugute, so ist eine dritte Vereinfachungsmaßregel ganz auf die Entlastung der Finanzämter zugeschnitten und bedeutet sogar für die Steuerpflichtigen eine Verschlechterung: Die in der letzten Wausatzliste abgefaßten, für das ganze Jahr zulässigen Anträge für das ganze Jahr zulässig sind. Die große Masse der jetzt Erwerbslosen kann also erst zu Anfang des Jahres 1927 einen Erstattungsantrag stellen. Das erschwert vor allem die Beschaffung der Steuerbescheinigung, denn nach Ablauf eines ganzen Jahres sind solche Unterlagen schwerer aufzutreiben als nach einem Vierteljahr. Es empfiehlt sich daher, gleich beim Abgang aus einer Stellung die Steuerbescheinigung vom Arbeitgeber zu fordern. Die Arbeitnehmer sind zur Ausstellung dieser Bescheinigung verpflichtet.

4. Das Gesetz tritt mit dem Tage in Kraft, der auf seine Verkündung im Reichgesetzblatt folgt. Es gilt aber nur für die Fälle, die bei seinem Inkrafttreten noch nicht entschieden sind. Wo Einspruch gegen die bisherige Berechnung eingelegt ist, muß das Finanzamt bei der Entscheidung über den Einspruch die neuen Bestimmungen zugrunde legen. Da das Gesetz reichlich spät herausgekommen ist, ist die Frist für die Einreichung der Anträge bis zum 30. April 1926 sehr verlängert worden. Wir raten aber nunmehr, die Anträge sobald wie möglich zu stellen. Je eher die Anträge gestellt werden, desto eher kann die Rückzahlung erfolgen. Es ist zudem notwendig, daß die Finanzämter den größten Teil der Erstattungen erledigt haben, wenn die große Arbeit der Bereinigung zur Einkommensteuer an sie herantritt. — Zu diesem Gesetz werden vom Reichsfinanzministerium Durchführungsbestimmungen veröffentlicht, auf die wir zurückkommen werden, wenn sie wichtige neue Vorschriften enthalten.

Vorbereitungen zum Welt-Wanderungskongress des IGB. und der SUJ.

Die wirtschaftlichen Störungen der Nachkriegszeit, die wirtschaftlichen Umstellungen in der kapitalistischen Produktion und die damit zusammenhängenden unüberschaubaren Entwicklungen auf allen Wirtschaftsgebieten haben im

Das schaffende Volk.

Das schaffende Volk ist das lebendige Volk, das Werte schafft. Nicht jedes Volk ist schaffend. Wer da Berge von Gold mühsam von der einen Stelle zur anderen schleppt und von der anderen zur einen zurück, der ist tätig und fleißig, aber kein Schaffender. Schaffen verlangt einen Sinn. Es strebt zu einem Ziele, aber zu einem Ziele, das im Schaffen selber begründet ist.

Wem mag mancher einzelne auch schaffen für sich. Doch schaffendes Volk ist Volk, das Werte schafft für die Gesamtheit. Die Gesamtheit ist das Ziel, das in der Arbeit des schaffenden Volkes begründet liegt. Und wenn der Kapitalismus den Weg zu diesem Ziele auch eröffnet, wenn er den Weg auch im Bogen, aber den Weg hinwegs, zum Ziele der Gesamtheit leitet: Volk schafft die Gesamtheit. Volk kann den Weg seiner Gesamtheit nicht im Ganzen noch nicht hindern, aber das schaffende Volkes Seele drängt zum geraden Wege, das die sozialen Höhe der Gemeinwohlzeit. Die schaffende Seele gilt dem Volke nur.

Ob der einzelne in der Werkstatt schafft oder am Fließbande, ob er im Bureau sitzt oder an der Schiffe über das Meer fährt, wer da schafft um des Schaffens willen, aus einem großen sozialen Gefühle heraus, der ist ein schaffendes Volk.

Das Schaffen des Volkes trägt deshalb einen großen sozialen Charakter in sich. Schaffendes Volk ist schaffendes Volk. So wie zum Schöpferium das selbstlose Aufgehen in dem Werte gehört, so gehört auch zum Wesen des schaffenden Volkes das freie Schaffen an ihren Gedanken, an den sozialen Gedanken der Gemeinwohlzeit.

Damit liegt im schaffenden Volke eine große Pflicht zur Selbsthaltung begründet. Die schaffende Seele drängt zum Ziele der Gemeinwohlzeit. Die Seele des schaffenden Volkes verlangt vom Schaffen einen großen sozialen Sinn. Aber die kapitalistische Wirtschaft zwingt das schaffende Volk so oft von dieser großen Auffassung des Schaffens hinweg zum eigenen Kampfe, zum sozialistischen Kampfe um die Existenz. Um das Selbstverwirklichung muß das geringen werden. Es

strebt die Seele auf zum freien Schaffen eines freien Menschen für ein freies Volk. Aber die stierne Not drückt die strebende Seele hemmender. Der erzwungene Kampf um das eigene Recht lähmt den sozialen Schwung.

Denn doch gibt der erzwungene Kampf und das eigene Recht dem sozialen Schwunge Beirung. Wer schläft und träumt, der kann niemals eine freie Seele fühlen. Der Kampf ist der Freudebringer der Freiheit, und je härter der organisatorische Zusammenhalt des Kampfes gemacht, um so mehr besteht er den Menschen von all dem Dämmenden, das wirtschaftliche Unterdrückung beherrscht.

Darum darf der wirtschaftliche Kampf um das eigene Recht aber auch niemals Selbstzweck sein. Er muß ein Stück sein der höheren Aufgabe. Er muß sein ein Stück zur sozialen Beirung des Schaffens. So wie der nicht ein Stück ist des schaffenden Volkes, der nur kapitalistisch denkt und seine Arbeit nur einstellt auf kapitalistische Ziele, so ist auch der kein Stück des schaffenden Volkes, dessen ganzes Denken und Handeln sich nur um das eigene Ziel konzentriert. Der wirtschaftliche Befreiungskampf ist ein Kampf um die Befreiung des schaffenden Volkes, wenn er zugleich die Befreiung des Lebens zur sozialen Arbeit zum Ziele hat.

Was heute nicht ist, soll morgen werden. Wenn das Wesen des schaffenden Volkes heute nach Strecken nach Gemeinwohlzeit ist, so soll die Arbeit von morgen, wahrer, ungetrübter Dank an der Gemeinwohlzeit sein. Ohne den Umweg über den Profit soll das ganze Schaffen direkt dem Ganzen gelten. Das ist aber nur möglich, wenn die Gemeinwohlzeit die Trägerin der Wirtschaft ist.

So bindet sich im schaffenden Volke der Kampf um den Tag mit dem Morgen um den neuen Morgen, und nur wo dies Einheit von Recht und Aufgabe vorhanden, nur da ist das echte großartige Wesen des schaffenden Volkes. So dieses schöpferische Wesen fehlt, da ist nur Begierden. Da ist Stillstand. Da ist Dämmern. Schaffendes Volk ist ein hoher ethisch-logischer Begriff. Und wenn Menschen launenhaft „schaffen“, es ist nicht das, was wir stolz schaffendes Volk nennen, wenn diese ethisch-logische Seele fehlt. Du und wir alle! Und trotzdem, daß Arbeit

Menschen und Freiheit weicht! Das ist die schwebende Seele des wachen schaffenden Volkes. Und nur wer sich mit ihm verbunden und zu ihm gehörig fühlt, ist ganzer, großer, freier, schöpferischer Mensch.

Der Weg zum Erfolg.

Das Leben eines Arbeiters, der absolut nichts von einer Organisation seines Berufes oder Industriezweiges wissen will und der sich von den Dingen fernhält, die irgendwie mit den Bestrebungen der Arbeiterbewegung zusammenhängen, hat keinen Daseinswert. Es ist ein Bild tierischer Existenz und bildet ein Hindernis für alle Fortschrittsbewegungen in der menschlichen Welt.

Die Organisation ist für den Arbeiter der treibende Impuls für bessere Existenzverhältnisse, für eine höhere Lebensanschauung im Kampfe ums Dasein.

Die Organisation macht dem Arbeiter nicht nur begreiflich, daß die Arbeit die Quelle allen Reichtums und aller Kultur ist, sondern zeigt ihm auch den Weg, für sich selbst den Nutzen aus diesem fundamentalen Grundbesitz eines jeden Fortschritts zu erringen.

In der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung konzentrieren sich die Bestrebungen zur Formierung einer neuen Gesellschaft, deren Grundlage auf dem Segen der Arbeit ruht.

Im herrlicher Weise drückte sich schon vor mehr als hundert Jahren der berühmte deutsche Philosoph Johann Gottlieb Fichte über die unauflösbare Unmöglichkeit eines auf Klassenunterschiede aufgebauten Gesellschaftssystems aus, als er sagte: „Es ist nicht ein bloßer frommer Wunsch für die Menschheit, sondern es ist die unerlässliche Forderung ihrer Rechte und ihrer Bestimmung, daß sie so leicht, so frei, so gebietend über die Natur, so eckig menschlich auf der Erde lebe, als die Natur nur irgend gestattet.“ Der Mensch soll arbeiten; aber nicht als Vieh, der unter seiner Würde in den Schlaf sinkt und nach der unerbittlichen Erholung der erschöpften Kraft zum Trägheit los, mit dem auf Freigebigkeit arbeiten und sein Leben behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu heben.

neuer Zeit das Wanderungsproblem ganz besonders in den Vordergrund gerückt. Auf allen Seiten wird man sich der Notwendigkeit einer prinzipiellen und praktischen Lösung der Wanderungsfrage immer mehr bewußt und Konferenzen und Kongresse fragen dazu bei, unheilbare Zustände aufzudecken und das Interesse aller Betroffenen, d. h. der Arbeiter, Unternehmer und des Staates, für einwillige und entgeltliche Maßnahmen zu wecken. Speziell für die Arbeiterklasse ist besonders das erhöhte Einfuhrverbot ihrer Organisationen und Vertreter auf die Regierungen und die öffentliche Verwaltung der Augenblick gekommen, um ihre Stellungnahme zu diesem Problem genau zu umschreiben.

In dieser Erkenntnis hat der im Jahre 1924 in Prag abgehaltene Wanderungskongress u. a. den Internationalen Gewerkschaftsbund beauftragt, alles auf dem Gebiete der Wanderungsfrage verfügbare Material zu sammeln, um einer späteren Konferenz die Festlegung von Richtlinien für die Organisation des Wanderungswesens und die Zusammenfassung der verschiedenen im Interesse der Durchführung der getroffenen Regelungen zu errichtenden Körperlichkeiten zu ermöglichen.

Im vergangenen Jahre setzte sich dann die Sozialistische Arbeiter-Internationale (S.A.I.) auf Grund eines auf ihrem letzten ordentlichen Kongress gefassten Beschlusses mit dem I.G.B. in Verbindung, um im Hinblick auf die Lösung dieses Problems die engste Zusammenarbeit herbeizuführen.

Demzufolge wurde auf einer im Dezember 1925 abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des I.G.B. und der S.A.I. zur Durchführung der Vorbereitung für diesen Kongress eine gemeinsame Kommission von je drei Mitgliedern der beiden Körperschaften gebildet (H. Jouhaux, C. Mertens, S. W. Brown für den I.G.B. und G. E. Cramp, A. de Brocquere und H. Diamant für die S.A.I.).

Diese gemeinsame Kommission hat am 20. Januar in Paris ihre erste Sitzung abgehalten und beschlossen, die Bundeszentralen des I.G.B., die Sektionen der S.A.I., die internationalen Berufssekretariate sowie verschiedene, dem I.G.B. nicht angeschlossene, an der Wanderungsfrage speziell interessierte Landeszentralen zu einem vom 18. bis 21. Mai in London abzuräumten Welt-Wanderungskongress einzuladen, der von den Bundeszentralen und den Sektionen der S.A.I. von im Maximum acht und den internationalen Berufssekretariaten von im Maximum drei Delegierten besucht werden kann.

Den Verhandlungen des Kongresses wird ein vom I.G.B. aufgestellter Bericht über das Wanderungswesen und seine Bedeutung für die Arbeiterbewegung zugrundegelegt werden. Dieser Bericht gibt u. a. Auskunft über die Wanderungs- und Einbürgerungsmaßnahmen in den verschiedenen Ländern, den Schutz der Einwanderer (Internationale Vereinbarungen und Institutionen für die Internationale Regelung der Ein- und Auswanderer), die Organisation der Einwanderer, die Wanderungsregeln sowie die Konventionen und Empfehlungen des Arbeitsamtes, die Ueberwindung der internationalen Berufssekretariate, die wirtschaftlichen Faktoren der Wanderungsfrage, die Beschränkungen, Auflagen usw. der Bundeszentralen und internationalen Berufssekretariate, Berichte über internationale Wanderungskongresse, endlich präzise Vorschläge für eine internationale Wanderungspolitik, sowohl in prinzipieller Hinsicht als auch bezügl. die angewandten Methoden.

Dieser Organisationskomitee des vom 18. bis 21. Mai in London abzuräumten Welt-Wanderungskongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hielt am 24. Februar zur Vorbereitung der Vorbereitungen in Paris eine Sitzung ab. H. Jouhaux, C. Mertens, teilte mit, daß außer den Bundeszentralen der beiden Internationalen die Arbeiterorganisationen nachstehender Länder zur Teilnahme an dem Kongress eingeladen wurden: Argentinien, Australien, Niederländisch-Indonesien (deutsche Zentrale), Estland, Nieder-

ländisch-Indien, Griechenland, Indien, Finnland, Japan, Island, Mexiko, Irland, Litauen, Neuseeland, Norwegen, Südafrika, Vereinigte Staaten und Englisch-Sudana.

Als Berichterhalter wurden ernannt: Jouhaux, Cramp und ein deutscher Berichterstatter für die Regelung des Wanderungswesens unter spezieller Berücksichtigung der Einbürgerungspolitik, Methoden der Anwerbung der Arbeitskräfte, Assimilierung, Emigrantenschutz, Organisation der Einwanderer, Wohnungs- und Unterrichtsfrage; de Brocquere: Gleiche Behandlung der Auswanderer auf dem Gebiet der Sozialgesetzgebung der verbleibenden Länder; Mertens: Stellung der Arbeiterorganisationen zur Wanderungsfrage; S. W. Brown: Die wirtschaftliche Seite der Wanderungsfrage.

Das Komitee nahm die Resolution der am 5. Februar in Luxemburg abgehaltenen Wanderungskonferenz zur Kenntnis, die sich speziell mit der Frage der gewerkschaftlichen Organisation für eingewanderten Arbeiter der Grenzgebiete Belgiens, Deutschlands, Luxemburgs und Frankreichs befaßte. Das Komitee stellte fest, daß diese Resolution durchaus im Geiste der auf dem Wanderungskongress in London zur Behandlung gelangenden Fragen gehalten ist.

Alle am Kongress teilnehmenden Delegierten werden in den Vorgesand eines vom I.G.B. verfassten Berichtes über das Wanderungswesen gelangen.

Das vorbereitende Komitee hat die Leitung des Kongresses einflussreich J. S. Thomas, dem Präsidenten des Britischen Eisenbahnerverbandes, anvertraut.

Zur Lage in unseren Berufen.

In der Lederwarenbranche ist noch immer nicht viel von einer Besserung zu spüren. Die Arbeitsnachwelsberichte schwanken in kurzen Intervallen auf und nieder, lauten aber allgemein genommen gleich hoffnungslos. Von dem Ausfall der Leipziger Messe hatte man wenigstens eine Belebung des Inlandgeschäftes erhofft, nachdem die Aufhebung der Auguststeuer in Aussicht gestellt war. Das ist denn auch teilweise geschehen, nur hatte man dabei gerade die Lederwaren vergessen. Auf der Leipziger Messe sollen nun verschiedene Firmen Lieferungsverträge abgeschlossen haben, ohne die Auguststeuer einzukalkulieren, mit dem Vorbehalt, erst dann zu liefern, wenn die Auguststeuer gefallen ist. Im übrigen soll das Geschäft mit Inlandkäufleuten sehr mies gewesen sein. Das Ausland hingegen soll nicht nur gut vorrücken gewesen sein, sondern auch Auftragsbestellungen erteilt haben, so daß auf größere Nachbestellungen gerechnet wird und damit auch auf eine baldige Neubelebung des Arbeitsmarktes überhaupt.

Die Reichsregierung will angeblich eine Exportversicherung organisieren, damit auch die kleinen und mittleren Betriebe imstande sind, Lieferungen nach dem Ausland zu effektuieren. Man erwartet dadurch eine erhebliche Steigerung deutscher Warenausfuhr und eine Wiederrück der sich abzeichnenden Arbeitslosigkeit. Insofern sind natürlich auch die Arbeitnehmer lebhaft daran interessiert, daß diese Maßnahmen möglichst rasch erfolgen.

Die Handelsbilanz war im Januar wieder wie im Dezember aktiv, weil die geringe Kaufkraft der Volkswaffen eine größere Einfuhr ausländischer Waren, besonders an Lebensmittel, nicht rasch erscheinen ließ. Es mag auch sein, daß die Händler noch zu eingebet waren und beim Einleihen der Arbeitslosigkeit von weiteren Nachbestellungen absehen mußten, was ja auf daselbe hinauskommt. Jedenfalls ging die Lebensmittelzufuhr um rund 19 Millionen, die Rohstoffeinfuhr um 27 und die Fertigwareneinfuhr um 3 Millionen Mark zurück.

Ueber die Lage in den übrigen Branchen ist ebensowenig Erreutes zu berichten. Die Auto- und Wagenfaktorei liegt noch immer arg daneben, ebenso die Textil-, Eisen- und Handwerksfaktorei. Dieser Zustand wird sich kaum eher bessern, bevor nicht die allgemeine Wirtschaftslage eine Aufwärtsbewegung zeigt.

Was die Tapeziererbranche anbelangt, so ist auch hier in dem Augenblick, wo wir diese Zeilen schreiben, von einer Besserung der Arbeitsmarktlage nichts zu bemerken. Hier und da werden wohl einige Stellen besetzt, doch diese sind meist nur für sehr kurze Fristen, von Dauer keinesfalls.

Wie aus dieser Wärsere herauszukommen ist, darüber herrscht allgemeine Ratlosigkeit, weil niemand ernstlich den Hoffnungen zu Leibe gehen will. So nimmt z. B. die „Deutsche Wirtschaftszeitung“ Stellung zu der (an anderer Stelle besprochenen) Denkschrift der Gewerkschaften. Man ist überfordert von ihrer Inhaltlosigkeit, denn sie ist wenig mehr als eine Zusammenstellung von längst in Wahlkämpfen zu Lode gehebenen Forderungen.

Es sucht dann durch die hiesigen bekannten Argumente, die man häufig in der Unternehmervresse findet, nachzuweisen, daß durch Rationierung und Lohnverböhen keine Befriedung der Wirtschaft einreten könne, weil jede Lohnverböhung auch Preissteigerungen zur Folge haben würde. Allerdings bei der Beibehaltung der bisher von den Unternehmern geübten Praxis, jede Lohnverböhung von 10 Proz. mit einer Preissteigerung von 20 bis 30 Proz. zu räumen, würde dies die Folge sein. Wir verlangen deshalb, daß die Profiteure entsprechend gekürzt wird, was sehr wohl angeht, wie auch an anderer Stelle durch einige Beispiele bargezeigt wird. Im übrigen müssen die tüchtigen Wirtschaftsführer wohl die gewerkschaftlichen Forderungen in der angeführten Weise zu kritisieren, sind aber selbst nicht imstande Vorschläge zu machen, wie der Arbeitslosigkeit ein Ende gebracht werden kann.

Die höhere Fachschule für Po'stler und Dekorature in Frankfurt a. Main.

Wie die „Frankf. Zeitg.“ am 8. März berichtete, haben sich Magistral und Stadinerordnungsverammlung bereit erklärt, dem Antrag des Innungsverbandes Bund deutscher Tapezierer und verwandter Gewerbetreibender zuzustimmen und am 1. April 1926 eine Meisterschule für Po'stler und Dekorature zu errichten. Die erforder-

lichen Einrichtungen sind bereits vorhanden, so daß die Lageschule ohne erhebliche Kosten eingerichtet werden kann.

Der Bund der Tapezierer und der Magistral haben je 3000 Mk. zur Verfügung gestellt, um die noch erforderlichen Einrichtungen zu beschaffen. Es wird ein besonderer Verwaltungsausschuß gebildet, dem ein Vertreter des Magistrats und der Stadinerordnungsverammlung, der Stadtschulrat für das Berufsschulwesen, vier Mitglieder des Deutschen Tapeziererbundes, zwei Mitglieder der Frankfurter Tapezierervereinigung, ein Arbeitnehmer und der Direktor Th. Walter der Berufsschule 111 als Leiter der Lageschule angehören werden; dieser hat im Einverständnis mit der Berufsschul-Deputation alle die Schule betreffenden Angelegenheiten zu erledigen. Soweit durch die Gesamtmaßnahmen der Lageschule die laufenden persönlichen und sachlichen Ausgaben nicht gedeckt werden können, wird der Beitrag von dem Bund Deutscher Tapezierer getragen. Ueber die Aufnahmebedingungen, Kosten, Lehrgang usw. wurden bisher nähere Mitteilungen nicht veröffentlicht.

Die Arbeitslosigkeit im Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuller Ende Februar 1926.

Von 195 Verwaltungsstellen mit 31 782 Mitgliedern, davon 5906 weiblichen, haben 162 Verwaltungsstellen berichtet. Diese hatten 31 097 Mitglieder, davon 5824 weibliche. Nicht berichtet haben 33 Verwaltungsstellen mit 692 Mitgliedern, davon 82 weiblichen.

Am letzten Tage waren arbeitslos 11 512 Mitglieder, davon 1949 weibliche, gleich 36,4 v. H. gegen 34,7 im Januar, eine Verschlechterung um 1,7.

Table with 4 columns: Berufsstelle, männliche, weibliche, gesamt. Rows for 1-8 Stunden, 9-16, 17-24, 25 Stunden und mehr, and totals for 7825, 1816, 9641.

Das sind 31,0 v. H. gegen 34,7 im Januar, eine kleine Verbesserung. Im allgemeinen ist jedoch offensichtlich keine Besserung zu verzeichnen. Was speziell Offenbach anbelangt, so war die Lage nach Berichten des Arbeitsnachweises folgende:

Table with 2 columns: Stellungsuchende am 12. Februar, Sattler, Portefeuller. Rows for 19. Februar, 26. Februar, 5. März, and totals for 858, 2187, 829, 2826, 887, 2360, 830, 2537.

Hier ist somit eine weitere wesentliche Verschlechterung eingetreten.

Was nun die Arbeitslosigkeit allgemein anbelangt, so sind wie immer die Großstadtbewohner am härtesten davon betroffen. Unter den Städten mit mehr als 200 000 Einwohnern waren am 1. Februar die Arbeitslosenquoten am höchsten in Mannheim mit 36,3, Solingen 35,4, Dornmund 31,2, Stuttgart 29,8, Kiel 27,1, Essen 26,8 und Duisburg 26,3. Am niedrigsten lag die Arbeitslosenquote in Stuttgart mit nur 16,8 auf je 1000 Einwohner, dann folgt Magdeburg mit 25,9 und Halle mit 25,6.

In den Fachverbänden wurden am 31. Januar 1926 615 434 Arbeitslose gezählt = 22,6 v. H. und 818 637 Kurzarbeiter = 22,8 v. H., von 3,6 Millionen erlöhnten Gewerkschaftsmitgliedern. Den größten Anteil hatte das Holzgewerbe mit 38,5 v. H., dann die Textilindustrie mit 36,7, die Metallindustrie mit 31,7, das Baugewerbe mit 31,3 vom Hundert.

Table with 2 columns: Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am, 1. Januar 1926, 15. Januar 1926, 1. Februar 1926, 15. Februar 1926. Values: 1 498 061, 1 765 976, 2 030 792, 2 058 588.

Abbau der Soziallöhne.

Die Gewährung von Lohnzulagen für verheiratete Arbeiter ist in der Zeit des Wehrungsversalles, in der die Soziallöhne der deutschen Arbeiter ungewöhnlich stark zurückgingen, in einer Anzahl von Industrien da und dort ähnlich geworden. Die Entlastung der letzten Jahre zeigt jedoch, wie aus einem Aufsatz von Dr. Wasse im „Reichsarbeitsblatt“ hervorgeht, daß man mit der Rückkehr zu normalen Wirtschaftsbedingungen von der Anwendung des Systems der Soziallöhne allmählich abtömmi.

Während im Jahre 1922 23 von 1498 Tarifverträgen 695, d. h. 46,5 Proz., Bestimmungen über Soziallöhne enthalten, haben 1924 25 nur noch 98, d. h. 7,8 Proz. der Tarifverträge die Zahlung von Soziallöhnen vorgesehen. In den Gewerbebezügen, in welchen das Soziallohnsystem vorherrschend geworden war, wie Bergbau, Metallindustrie, chemische Industrie, Papierindustrie, Industrie der Steine und Erden, Vertriebsmittelgewerbe, Reichs-, Staats- und Gemeindefiskus, hat es an Bedeutung sehr eingebüßt, in anderen, in denen es nie zu überwiegender Bedeutung kam, wie in der Textilindustrie, im Handwerks-, Bergbau-, Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, kommt es jetzt nur noch vereinzelt vor, wieder in anderen Gewerbebezügen, in denen es überhaupt kaum Fuß gefaßt hatte, wie in der Industrie der Holz- und Glasstoffe, im Baugewerbe, Kleingewerbe, Reinigungs- und Spandergewerbe, ist es völlig verschwunden. Um einige Beispiele anzugeben: Der Prozentsatz der Tarifverträge, welche Soziallöhne vorsehen, ging zurück im Bergbau von 59,1 auf 40,6, in der Metallindustrie von 45,9 auf 6,6, in der chemischen Industrie von 33,9 auf 41,7, in der Papierindustrie von 72,1 auf 29,7, in der Industrie der Steine und Erden von 60 auf 4,7, in der Textilindustrie von 30,8 auf 2, im Handelsgewerbe von 31,8 auf 3,4, im Viehwirtschaftsgewerbe von 35,7 auf 3,2 Proz. Fast gänzlich hatte sich der Soziallohn durchgesetzt bei den Angestellten der Privatindustrie.

Im Jahre 1924/25 aber enthielten kaum ein Viertel bis die Hälfte aller Tarifabkommen der privaten Angelegten noch Bestimmungen über soziale Zulagen. Wohl überwiegend hat sich dieses System lebhaft in den Tarifverträgen für die Beamten und Angestellten im Reichs-, Staats- und Gemeindebereich.

Russische Zustände.

Die Sowjetregierung hat zweifellos den besten Willen, in Rußland erträgliche Zustände zu schaffen, und man kann es bezweifeln, daß sie braucht ist, auch den übrigen Kulturländern, insbesondere Deutschland gegenüber den Beweis zu führen, was schon alles an kulturfördernder Arbeit von ihr geleistet wurde. Die vielen Delegationen, die Rußland unter Führung bereiten, haben auch mit ihrem Lob über das Gesehene nicht gefahrt. Man würde indes festhalten, wollte man diese verallgemeinern und daraus den Schluß ziehen, als wenn in Rußland schon alles vorbildlich gestaltet sei, was in anderen Ländern erst noch erstrebt werden muß. Nützlich veröffentlichten mir einen Artikel des Kollegen Berger über die Sozialversicherung im neuen Rußland. Darin sind tatsächlich einige Bestimmungen besser als die uns in Deutschland. Allein in der praktischen Anwendung der gesetzlichen Vorschriften soll vieles recht sehr im argen liegen. Das ist freilich bei uns hier ebenso und es bedarf bekanntlich in den meisten Fällen nicht geringer Energie, damit Sozialversicherung zu den ihren zugehörigen wahren Rechten gelangen. Es soll nicht bestritten werden, daß die russischen Behörden ein tüchtiges Stück Arbeit verrichtet haben. Nach neueren Berichten scheinen die vorhandenen Verhältnisse indes noch sichtbar genug zu sein und es ist auffallend, daß die Delegationen immer nur die schönen Seiten der sozialen Zustände sehen, nicht aber die dunklen. Wir haben schon einmal auf das Kinderelend hingewiesen, das in Rußland vorhanden ist.

Nach offiziellen Angaben beträgt die Zahl der verwaissenen obdachlosen Kinder im russischen Teil der Sowjetunion (ohne Ukraine, Weißrußland und Transkaukasien) 225-250 000 (nach der "Pravda" vom 14. Februar). Insgesamt soll die Zahl der obdachlosen Kinder 300 000 übersteigen. Die Sowjetbehörden haben zwar besondere Heime zur Aufnahme der verwaisserten, elternlosen Kinder errichtet, doch diese genügen natürlich nicht dem Bedarf.

Judem sollen die Zustände in den vorhandenen Kinderheimen derart sein, daß die Ansuchen nur noch mehr eintreffen. Es wird berichtet, daß 1924 allein 29 527 Verwaissene obdachlos wurden begangen wurden (ohne Moskau gerechnet), darunter 13 536 Diebstähle, 358 Brandstiftungen, 214 Mordtaten, 97 Raubüberfälle usw.

Das ist in der Tat ein fürchterliches Kapitel und es wird nicht leicht sein, diese Zustände zu beseitigen. Jedenfalls läßt die Sowjetbehörden besser, die Mittel, die zur Ausbesserung der deutschen Gewerkschaften verwendet werden und zur Propaganda für den Sozialismus, zur Bekämpfung dieses Schandflecks zu benutzen.

Trotz aller illegaler Methoden, die zu den genannten Zwecken angewandt werden, ist der Erfolg keinesfalls zu vergleichen, den man sich erhofft haben mag.

Im Dezemberbericht der Kommunistischen Internationale wurden in einem Artikel die Aufgaben der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen darüber berichtet.

Da wurden ganz offen Anweisungen gegeben über die einschlägigen Wege. Es wird darin erheblich eingestanden, daß die Kommunisten in der deutschen wie in der europäischen Gewerkschaftsfrage nirgends einen nennenswerten Erfolg buchen konnten, daß vielmehr der kommunistische Einfluß in den Gewerkschaften auf der ganzen Linie sich in starkem Rückgang befindet. „Die kommunistischen Fraktionen in den zahlreichen Gewerkschaftskonferenzen des Sommers 1925 waren in der Mehrzahl der Fälle auf ein Nisfest, ein Scheitern und einen noch geringeren Bruchteil ihres früheren ziffermäßigen Bestandes zurückgegangen,“ so trägt der Artikelstreiber. Auf die gewerkschaftliche Organisationsfähigkeit der Kommunisten, verbunden mit notwendiger Beitragszahlung, wird folgende Auslassung des Artikelstreibers ein bezeichnendes Licht: „In Deutschland ist es auch kein geringer Bruchteil der Partei, der den Gewerkschaften nicht angehört. Der Bruchteil der Partei bezüglich des Eintritts in die Gewerkschaften bis zum 1. Februar ist nicht zur Ausführung gekommen. Die letzte Parteikonferenz (September) forderte von neuem eindringlich die Durchführung des Beschlusses. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der in den reformistischen Verbänden organisierten Arbeiter macht die Zahl der dabeist selbst organisierten Kommunisten etwa ein Prozent aus.“ Nach der interessanten Feststellung, daß der Einfluß der Kommunistischen Partei auf die unorganisierten Massen ein viel größerer als auf die in den Gewerkschaften organisierten, wird die bisherige kommunistische Gewerkschaftsarbeit als eine „Schwanzpolitik“ im Jahreswörter der reformistischen Gewerkschaftsführer bezeichnet. Dann heißt es weiter: „Geben diese die Lösung aus: zehnpromzentige Wohnvermehrung, dann stellen wir die Forderung nach 20- oder 40promzentiger Wohnvermehrung und glauben, durch diesen „Radikalismus“ die Arbeiter für uns zu gewinnen.“ In vernichtender Selbstkritik bringt der erwähnte Artikel noch eine Fülle von Beispielen, die darlegen, welche eine Eingipfeligkeit die Kommunisten in den Gewerkschaften geübt haben und hoffentlich immer leisten werden.

Rundschau.

Ein Ieberrmann-Auto. In München ist ein Auto aufgetaucht, das, nur durch Körperkraft bewegt, mit der Schnelligkeit eines Autos und völlig geräuschlos 40 Kilometer pro Stunde läuft. Ein Kolbig soll die Ausübung der Weis-, Arm- und Oberkörperkraft ermöglichen. Durch sinnreiche Ueberführung wird die Umdrehung der Vorderachse bewirkt, die Steuerung erfolgt durch Fußpedale am

Hinterrad. Der Erfinder, Himmegler E. Curry, will demnächst von München nach Berlin fahren. Da das Fahrzeug keinen Benzinmotor und auch keine sonstigen großen Kosten zur Unterhaltung erfordert, dürfte, wenn sich die Nachricht bewahrheitet, sowohl dem Auto wie dem Fahrer ein gefährlicher Konkurrent entstehen. Der Preis soll nicht viel höher stehen als für ein Fahrrad. Warten wir es ab!

Das Washingtoner Arbeitszeitabkommen. Mitte März trafen in London die Arbeitsminister der verschiedenen Staaten zu einer Konferenz zusammen, um endlich eine Vereinbarung über die Aussetzung und Anwendung des Arbeitszeitabkommens und den Abstundenentzug zu treffen. Man muß sich nur immer wieder daran erinnern, daß die vielen Vorbehalte in der Abstundenentzug, die im Abkommen bereits enthalten sind, den Herren Regierungsvertretern nicht weitgehend genug sind. Natürlich folgen sie meist in dieser Frage den Informationen und Wünschen der Unternehmer, die den Abstundenentzug auf alle Fälle zu schieben suchen, geht's nicht direkt, dann eben indirekt.

Besonders der deutsche Reichsarbeitsminister steht im Auge, seit Jahr und Tag die Auslieferung des Washingtoner Abkommens sabotiert zu haben. Man wird das aber schließlich beweisen können, da er sich auf das gleiche Verhalten anderer Staatenvertreter berufen kann. Hoffentlich werden die Hindernisse überwunden, die der endlichen Anerkennung des Arbeitszeitabkommens zurzeit noch entgegenstehen.

Ferienreisen ins In- und Ausland. Wie im Vorjahr veranstaltete der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit in Berlin auch in diesem Jahr wieder eine Anzahl interessanter Ferien- und Studienreisen ins In- und Ausland. Diese Reisen bieten unendlich viel des Sehenswerten: herrliche Gesehens-, wünderbare Gebirgsgegenden, reizvolle Städtebilder, wertvolle Informationen, kurz, eine Fülle von Anregungen und Eindrücken, wie man sie nur auf einer Reise in Gesellschaft gleichgesinnter Menschen erhalten kann. 1. Auslandsreisen: Osterrfahrt Brüssel-Paris, vom 2. bis 7. April. Anmelddungen sofort erbeten; nach Schweden: (Zahris, Östergötland, Rudvika, Besichtigung der berühmten Erzeleber, Stockholm, Rückfahrt zwei Tage zur See nach Göteborg) Anfang Juni, zehn Tage; nach der Schweiz: (Schaffhausen, Zürich, Luzern und Bierwaldstätter, Interlaken, Bern, Basel) 25. Juni bis 2. August. Zweite Reise Brüssel-Antwerpen-Paris: vom 14. bis 22. August. Nach Prag-Wien-Salzburg-Berchtesgaden: 22. bis 31. August große Gesellschaftsreise: auf die bunte Adria (München-Triest-Venedig-Gardasee-München) Mitte Juni, acht Tage. Diese Gesellschaftsreise ist ein erster Versuch, ein landschaftlich besonders herrliches Gebiet eines größeren Kreis von Teilnehmern zu erschließen. Eine rege Propaganda für diese Reise ist daher notwendig, da sie nur durchgeführt werden kann, wenn sich ein genügend großer Teilnehmerkreis findet. 2. Inlandsreisen: Rheinfahrt (Frankfurt a. Main, Wiesbaden, Bingen, Koblenz, Bonn, Köln) vom 1. bis 20. Juni; auf die Nordsee (Samburg-Helgoland-Bremen) vom 1. bis 7. August; in den Schwarzwald (Mannheim, Rastatt, Triberg, Furtwangen, Feldberg, Freiburg) vom 22. bis 31. August. Die Reisen werden vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit organisiert, so daß der einzelne sich um nichts zu kümmern braucht. Die Teilnehmerkosten können in bequemen Ratenzahlungen beglichen werden. Alles Nähere, Kosten, Teilnehmerbedingungen usw. enthält der illustrierte, gut ausgestattete Prospekt, der gegen Einzahlung von 30 Pf. durch den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen ist.

Armut und Schuhindustrielle Kette. Nach Erhebungen des Schuhmacherverbandes waren am 1. Oktober in der Schuhindustrie 103 538 Personen beschäftigt, aber am 31. Dezember 1925 nur noch 80 329. Mühen fand eine Abnahme von rund 42 Proz. Statt. Doch diese wesentlich verminderte Arbeiterzahl arbeitete nicht etwa voll, sondern zum größten Teil noch kurz.

Man rechnet bei der deutschen Bevölkerung auf einen jährlichen Schuhbedarf von 1 1/2 Paar je Person. Das macht bei einer Bevölkerung von 60 Millionen 90 Millionen Paar oder rund 1 750 000 die Woche, während seit längerer Zeit nur 639 000 Paar die Woche hergestellt werden. Wenn man in dieser niedrigen Produktionsziffer ein Spiegelbild der Kaufkraft der deutschen Bevölkerung suchen will, so kann man feststellen, daß jetzt im Jahr nicht einmal ein Paar Schuhe gekauft werden kann. Welch ein Tiefstand des Lebensstandards der deutschen Bevölkerung! Würde die breite Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger in der Lage sein, den notwendigen Schuhbedarf sich anschaffen zu können, dann bräuhete es in Deutschland keinen einzigen arbeitslosen Schuhmacher zu geben.

Das Allgemeine Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig teilt uns mit, daß die Teilnehmerzahl an der Reise nach der Wollartener geflossen sei. Weitere Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Das Malzkorn Leipzig hat eine Malzsorte angefertigt lassen, die nach der Originalzeichnung des Leipziger Rindlers H. Schröders geschaffen wurde. Die Karte wird an Malzkornpreis Selbstkostenpreis abgegeben. Bestellungen sind zu richten nach Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.

Bücherschau.

Am Verlag des DGB. erschien: Kurt Heintz, „Führerabteilung“. Ein Lebensbuch zum Volksempfinden. Preis 70 Pf., Organisationspreis 50 Pf. Diese Schrift enthält das beste Material gegenüber den annähernden Forderungen der deutschen Führerhäuser Sie müßte allen in die Hand gedrückt werden, die noch nicht erkannt haben, welche Werte dem deutschen Volkvermögen verloren gehen, wenn den abgedankten Monarchen und deren Familien auch nur ein Bruchteil von ihren Ansprüchen bewilligt würde.

Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik. Preis 1 Mk., Organisationspreis 75 Pf.

Das Wirtschaftsprogramm der Deutschen Gewerkschaften, das die Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeiterverbände erschien, wird durch diese Broschüre der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sie hat den Zweck, allen für die deutsche Wirtschaft und deutsche Politik verantwortlichen Stellen Wege zu weisen, wie die Gesundung der deutschen Wirtschaft beschleunigt werden kann.

„Jugend-Führer“. Mitteilungen für die Leiter der Jugendabteilungen in den Gewerkschaften Nr. 3, März.

Im Verlag von Max Hesse, Berlin W. 15, erschien Das zergründete Chamäleon. Revue des Humors von Karl Schabach, Preis geb. 4,- Mk.

Der Inhalt ist sehr vielseitig und bringt Anecdoten, Witze, Scherze, Rätsel, Rätseler, Wortspiele, Kartenspiele, Gesellschaftsspiele im bunten Durcheinander. Dabei alle Verheißungen taufvoll versüßend.

Im Verlag von E. Laub, Verlagsbuchhandlung Berlin SW. 30, erschien: Die Arbeiterbewegung 1826 bis 1926. Preis 1,- Mk.

Marx schildert vom 100. Geburtstag Stehtrechts dessen Wirken und seine Bedeutung für die Entwicklung der sozialdemokratischen Partei wie für die gesamte Arbeiterbewegung. In unserer Zeit ist es sehr wohl angebracht, an die vergangenen Tage zu erinnern, wo jeder Sozialdemokrat verjagt und gedächelt wurde.

Urania-Best 6 (März). Verlag Jena. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Das Fortschritt durch bildliche Darstellung veranschaulicht. Wunder der Liebe und Soziales Wandern

In der Buchbeilage der Urania behandelt Dr. Erwin Tropp das Thema: Die Welt ohne Hunger. Der Mensch heit täglich Brot. Er schildert die Notherstellung in den uns bekannten geschichtlichen Zeitaltern vom Steinmörser oder Mahlsstein bis zur modernen Turbinenmühle usw. Gebunden 2,- Mk., broschiert 1,50 Mk.

Die Buchhandlung Volkshilfe, Magdeburg, kommt mit drei wertvollen Schriften heraus: Edeles Menschenum von Dr. H. Köllin, Preis 60 Pf. Vorbeugen, nicht abtreiben! von Louise Otto, 50 Pf. Der gute Schriftsteller und Verlegerstatter von M. Riepehoff, Preis 60 Pf.

Das Allgemeine Arbeiter-Bildungsinstitut Leipzig, Braunsf. 17, gab Nr. 3 seiner Monatschrift „Kulturwelt“ heraus. Der Inhalt enthält gute Verhandlungen zur Jugendweiche und reiches Material an Geschichten und Bildschmuck. 12 Nummern unter Kreuzband 2,40 Mk.

Ruthesien: Eigenhüter, Helmstätten, Kleine Wohnhäuser usw., für Gartenstädte Villenkolonien, Bauvereine, Vororte und das Ban, vorwiegend 4-8-Zimmer-Häuser, 30 bürgerliche Hausbeispiele in 300 Ansichten, Grundrissen usw., mit Angabe der Baukosten als Grundpreis. Herausgegeben von H. Ruthesien, Preis 8 Rmk., gebunden 10 Rmk. (Paris 50 Pf.). Heimkultur-Verlag, G. m. b. H., Deich-Leipzig, Schiffschiff Nr. 20, Postfach 1000, Frankfurt a. M. 7279.

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, von Arbeitsaufnahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Fahrzeugindustrie. Köln a. Rh. Der Abwehrstreik ist beendet. Der alte Lohn wird weiter bezahlt.

Stuttgart. Die Differenzen sind noch nicht beigelegt. Tapezierergewerbe. Wiesbaden. Bei der Firma Hollighaus, Stapelmöbelbetrieb, bestehen Differenzen.

Mittel streng die Orte!

Verbandsnachrichten.

(Besanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Vom 21. bis 27. März ist der 12. Beitrag fällig.

Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung zur Sicherung der Kampfkraft des Verbandes und der Unterstützungseinrichtungen.

Berichtigung. Bei dem Resultat der Wahlen zum Verbandstag in Nr. 9 muß es heißen: Im 17. Kreis: H. Woll in Konstanz 72, statt 4 Stimmen. — Im 20. Kreis: D. Koll in Wauzen 26, statt 20 Stimmen.

Veranstaltungskalender.

Köln. Tapezierer! Am Donnerstag, den 18. März, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Saal 2: Franchenseksammlung. — Böttchersammlung: Am Mittwoch, den 24. März, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Saal 1: Versammlung für alle Branchen (Vortrag Koll. Gehring).

Sterbefaßel.

Franfurt a. M. Am 23. Februar starb Kollege Konrad Neub, Sattler, im Alter von 59 Jahren. Am Alter von 47 Jahren starb am 7. März der Tapezierer Kollege Carl Walter. E. H. ihrem Andenken!